

September 2025

BWKG-Positionen zur Landtagswahl 2026

Die BWKG hat Positionen und Erwartungen ihrer Mitglieder zur Landtagswahl formuliert. Zunächst werden die gemeinsamen Erwartungen der Einrichtungen vorgestellt und anschließend die spezifischen Erwartungen der Krankenhäuser, Rehabilitationskliniken, Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe.

Gemeinsame Erwartungen der Krankenhäuser, Reha-Kliniken, Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe

Effizienzsteigerung im Gesundheits- und Pflegesystem

Als Folge der demografischen Entwicklung wachsen die Anforderungen an das Gesundheits- und Pflegesystem, während gleichzeitig die Zahl der Fachkräfte sinkt. Die BWKG-Mitglieder setzen sich in ihrer täglichen Arbeit dafür ein, eine gute Versorgung sicherzustellen. Damit das auch in Zukunft gelingen kann, muss die Effizienz weiter gesteigert werden. Würde man es schaffen, die Bürokratiebelastung jedes Beschäftigten im Gesundheitswesen um nur eine Stunde pro Tag zu reduzieren, stünden tausende Stellen zusätzlich für die Patientenversorgung zur Verfügung. Außerdem wäre es deutlich effizienter, wenn die ambulante fachärztliche Versorgung stärker an die Krankenhausstandorte angebunden würde – so, wie es in vielen anderen Ländern der Fall ist. Darüber hinaus ist eine bessere Patientensteuerung erforderlich.

Erwartungen der BWKG-Mitglieder:

- Die Landesregierung setzt sich für einen weiteren Bürokratieabbau ein.
- Die Landesregierung setzt sich für die Abmilderung der doppelten Facharztschiene ein.
- Die Landesregierung setzt sich für eine bessere Steuerung der Patienten ein.

Klimaschutz stärken und auf den Klimawandel reagieren

Gesundheitseinrichtungen sind große Energieverbraucher. Sie könnten viel Energie einsparen und so einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten, wenn sie die hierfür erforderlichen Investitionen tätigen könnten. Zugleich müssen sie sich an die sich verändernden klimatischen Bedingungen anpassen. Die Einrichtungen sind zu Veränderungen bereit, müssen aber in die Lage versetzt werden,

Baumaßnahmen, die der Klimafreundlichkeit (beispielsweise Dämmung, Photovoltaik) oder dem Hitzeschutz (beispielsweise Klimaanlage, Abschattung) dienen, umzusetzen.

Investitionen in den Klimaschutz und zur Klimafolgenanpassung durch gezielte Förderprogramme.

Förderung von Investitionen zur Krisenvorsorge

Die Vorbereitungen auf mögliche Gefahrenlagen haben in den vergangenen Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Das haben die Corona-Pandemie und der Krieg gegen die Ukraine gezeigt. Die BWKG-Mitglieder sind bereit, sich auf neue Herausforderungen einzustellen. Dazu benötigen sie jedoch klar formulierte Krisenszenarien. Sind zusätzliche Investitionen nötig, müssen die entsprechenden Mittel dafür bereitgestellt werden.

Erwartungen der BWKG-Mitglieder:

- Die Landesregierung erarbeitet konkrete Krisenszenarien, auf die sich die Einrichtungen einstellen sollen.
- Die Landesregierung stellt Fördermittel für Investitionen in die Krisensicherheit bereit.

Digitale Infrastruktur im Land stärken

Der Aufbau einer gemeinsamen digitalen Plattform für die Gesundheitseinrichtungen bietet erhebliche Chancen für eine bessere und effizientere Gesundheitsversorgung. Das Projekt MEDI:CUS soll dazu einen wichtigen Beitrag leisten und wird von der BWKG mit Engagement unterstützt.

Erwartungen der BWKG-Mitglieder:

- Die Landesregierung unterstützt und fördert das Projekt MEDI:CUS weiterhin und stellt nach der Modellphase auch den Regelbetrieb sicher.

Gesundheitsprävention stärken

Gesundheitsprävention ist nicht nur eine individuelle Verantwortung, sondern auch eine gesellschaftliche Notwendigkeit, um die Gesundheit der Bevölkerung zu fördern und die Belastung des Gesundheitssystems zu verringern. Die BWKG-Mitglieder sind bereit, sich hier weiterhin zu engagieren.

Erwartungen der BWKG-Mitglieder:

- Die Landesregierung fördert Präventionsprojekte, die sich an die gesamte Bevölkerung richten, um die Gesundheitsversorgung flächendeckend zu verbessern. Dabei werden insbesondere die Angebote der Vorsorge- und Reha-Kliniken berücksichtigt.

Schnelle und unbürokratische Anerkennung ausländischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Ausländische Fachkräfte sind im deutschen Gesundheitswesen von großer Bedeutung. Für sie ist eine schnelle Anerkennung sowie eine bürokratiearme und zügige Erteilung und Verlängerung ihrer Aufenthalts- und Arbeitsberechtigungen wichtig. Ein entscheidender Schritt hierzu ist die neu eingerichtete Landesagentur zur Anerkennung. Sie muss aber zu allen Fragen, die die ausländischen Fachkräfte betreffen, eingeschaltet werden können. Denn es gibt nach wie vor große Probleme bei der Verlängerung von Titeln und beim Wechsel von Arbeitgebern.

Erwartungen der BWKG-Mitglieder:

- Die Landesregierung sorgt dafür, dass die Landesagentur zur Anerkennung in allen Verfahren zur Anerkennung, Aufenthalts- und Arbeitsberechtigung für ausländische Fachkräfte eingeschaltet werden kann.
- Die Landesregierung setzt sich auf Bundesebene für eine zügige Umsetzung der Maßnahmen zur Digitalisierung, Bündelung und Beschleunigung der Verfahren für ausländische Fachkräfte ein.

Fortführung der Finanzierung der regionalen Koordinierungsstellen für die Pflegeausbildung

Die regionalen Koordinierungsstellen sind bei der effektiven Verteilung der knappen praktischen Einsatzstellen in der generalistischen Pflegefachkraftausbildung von großer Bedeutung. Und der Koordinierungsaufwand wird steigen, weil im Rahmen der geplanten Pflegeassistentenausbildung ab 2027 drei Pflichteinsätze zu absolvieren sind. Die Förderung der Koordinierungsstellen im Rahmen des Landeshaushalts endet allerdings im Herbst 2025. Aufgrund der großen Finanzprobleme der Stadt- und Landkreise ist eine Finanzierung ausschließlich aus Kreismitteln oft nicht möglich, was die Fortführung der Koordinierungsstellen bedroht.

Erwartungen der BWKG-Mitglieder:

- Die Landesregierung verlängert die Förderung der regionalen Koordinierungsstellen für die Pflegeausbildung.

Bezahlbarer Wohnraum und Kinderbetreuung für in der Pflege tätige Personen

Vor allem in den größeren Städten können sich viele nichtärztliche Fachkräfte im Gesundheits- und Pflegebereich aufgrund steigender Mieten und hoher Immobilienpreise kaum noch eine eigene Wohnung leisten. Dies belastet die Mitarbeitenden erheblich, führt zu einem zunehmenden Fachkräftemangel und beeinträchtigt somit die Versorgungsqualität. Ein weiterer wichtiger Faktor für die Fachkräfte ist die Verfügbarkeit bezahlbarer Kinderbetreuungsmöglichkeiten, die an die Dienstzeiten der Pflegenden angepasst sind. Nur wenn die Rahmenbedingungen stimmen, ist es möglich, Menschen mit Kindern in der Pflege zu beschäftigen.

Erwartungen der BWKG-Mitglieder:

- Die Landesregierung stellt den Kommunen und Trägern von Gesundheitseinrichtungen Mittel für den Bau und die Förderung von bezahlbarem Wohnraum für Fachkräfte bereit.
- Die Landesregierung fördert die betriebliche Kinderbetreuung.

Landtagswahl 2026 - Erwartungen der Pflegeeinrichtungen

Neubau von Pflegeeinrichtungen und Schutz von Bestandsplätzen

Die begonnene Entbürokratisierung des Heimordnungsrechts ist ein wichtiges Signal und muss unbedingt weiter fortgesetzt werden. Großer Handlungsbedarf besteht beim Thema Bauen. So sind beispielsweise Erleichterungen im allgemeinen Baurecht erforderlich, um den Neubau von Pflegeeinrichtungen leichter und bezahlbarer zu machen. Pflegeeinrichtungen und ambulant betreute Wohngruppen mit mehr als acht Personen zählen zu den sog. Sonderbauten, an die erhöhte Anforderungen gestellt werden. Da ein Neubau mangels Bauplätzen und explodierender Baukosten oft nicht möglich ist, wird auch ein dauerhafter Bestandsschutz für bestehende Pflegeheimplätze benötigt, die nicht die aktuellen Zielvorgaben der Landesheimbauverordnung erfüllen.

Erwartungen der BWKG-Mitglieder:

- Die Landesregierung wird das allgemeine Baurecht und weitere Vorgaben (z. B. zum Lärmschutz) für Pflegeeinrichtungen und größere ambulant betreute Wohngruppen mit dem Ziel der Entbürokratisierung überprüfen und anpassen.
- Die Landesregierung wird aktuell befristete Befreiungen nach der LHeimBauVO entfristen und einen Bestandsschutz für Einrichtungen vorsehen, die vor dem 31.08.2009 in Betrieb gegangen sind.
- Die Landesregierung wird die Landesheimbauverordnung vor dem Hintergrund stark gestiegener Baukosten überprüfen und anpassen.
- Die Landesregierung wird die Berechnung der Kostenrichtwerte für den Bau bzw. die Sanierung von Pflegeeinrichtungen anpassen, auch um die Finanzierung der Herausforderungen im Bereich des Klimaschutzes und der Krisenvorsorge zu gewährleisten.

Schaffung von mehr stationären Versorgungsmöglichkeiten für Pflegebedürftige mit psychiatrischen Erkrankungen

Die Zahl der Personen, die eine pflegerische stationäre Behandlung benötigen, aber wegen einer psychiatrischen Erkrankung nicht adäquat versorgt werden können, hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Oft erhalten sie erst nach Jahren oder gar keinen Heimplatz. Das ist für die Betroffenen inakzeptabel und belastet auch Mitarbeitende und Mitbewohnende in den nicht spezialisierten Einrichtungen, was bis zum Berufsausstieg führt.

Erwartungen der BWKG-Mitglieder:

- Die Landesregierung fördert den Aufbau von Plätzen für pflegebedürftige Menschen mit psychiatrischen, eigen- und fremdgefährdenden Erkrankungen.

Digitalisierung

Die Digitalisierung, die Telematikinfrastruktur und KI führen zu einem erheblichen Strukturwandel in Pflegeeinrichtungen. Die Nutzung innovativer digitaler Lösungen ist dabei auch ein wichtiger Baustein, um Demografie bedingte Personalengpässe auszugleichen. Die Fördermittel aus dem Ausgleichsfonds der Pflegeversicherung (§ 8 Abs. 8 SGB XI) sind aber gedeckelt und laufen absehbar aus.

Erwartungen der BWKG-Mitglieder:

- Die Landesregierung sorgt dafür, dass das Landeskompetenzzentrum für Pflege und Digitalisierung seine Unterstützungsangebote beibehalten und ausweiten kann.
- Die Landesregierung unterstützt die Pflegeeinrichtungen mit investiven Sondermitteln, um die für die Digitalisierung erforderliche Hard- und Software anschaffen zu können.

Einführung eines Landespflegegeldes für die Inanspruchnahme von Kurzzeitpflege

Kurzzeitpflegeeinrichtungen erfüllen eine wichtige Versorgungsaufgabe. Der notwendige Ausbau kommt jedoch wegen Finanzierungsproblemen nicht voran. Zur Stärkung der Kurzzeitpflege wäre die Einführung eines einkommensabhängigen Landespflegegeldes, wie vom Landkreistag vorgeschlagen, zielführend. Es könnte ohne aufwändige Vermögensprüfung und ohne Anrechnung auf andere Leistungen gezahlt werden. Dadurch würden pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen entlastet und die Zahl der Sozialhilfeleistungen reduziert.

Erwartungen der BWKG-Mitglieder:

- Die Landesregierung führt ein unbürokratisches Landespflegegeld zur Stärkung der Kurzzeitpflege ein.

Landespolitische Unterstützung für dringend erforderliche Reformen auf der Bundesebene (Reform der Pflegeversicherung, Pflegereform)

Im Rahmen der geplanten Reform der Pflegeversicherung muss eine finanzielle Entlastung der Pflegebedürftigen in stationären Einrichtungen erreicht werden. Das Land muss sich auf Bundesebene für eine Reform der Pflegeversicherung einsetzen, die eine dauerhafte Finanzierungsgrundlage schafft, ohne die Pflegebedürftigen zu überfordern (Stichwort: „Sockel-Spitze-Tausch“). Gleichzeitig müssen im Rahmen der Pflegereform Möglichkeiten für sektorenübergreifende Angebote geschaffen und Gestaltungsspielräume eröffnet werden. Es müssen Freiräume für die Entwicklung neuer Pflegesettings und Pflegewohnformen sowie für mehr Individualität und Quartiersbezug geschaffen werden.

Erwartungen der BWKG-Mitglieder:

- Die Landesregierung setzt sich für die Realisierung eines fixen Eigenanteils der pflegebedürftigen Personen (sog. „Sockel-Spitze-Tausch“) sowie für deren Entlastung von den Kosten der Behandlungspflege ein, die von der Krankenversicherung zu tragen sind.
- Die Landesregierung setzt sich für die Entlastung der Pflegebedürftigen von der Ausbildungsfinanzierung ein.
- Die Landesregierung setzt sich für eine grundlegende Pflegereform ein. Diese soll den Einrichtungen mehr Flexibilität und eine angemessene Finanzierung sichern.

Landtagswahl 2026 - Erwartungen der Einrichtungen der Eingliederungshilfe

Landesweit einheitliche Bescheide für Leistungsberechtigte der Eingliederungshilfen

Leistungsberechtigte der Eingliederungshilfe erhalten in jedem Landkreis einen anderen Leistungsbescheid. Auch die Einheitlichkeit der Gesamtpläne ist nur eine Empfehlung. Für die Betroffenen ist daraus meist kaum erkennbar, welche Leistungen sie beanspruchen können und ob diese bedarfsdeckend sind. Zudem dauert die Erstellung der Gesamtpläne und die Bescheidung der notwendigen Leistungen häufig mehrere Wochen oder Monate.

Die Leistungsbescheide sollten zügig erstellt und landesweit einheitlich, klar und einfach formuliert werden. Der entsprechende Gesamtplan mit den festgestellten Bedarfen und Zielen muss dem Leistungserbringer zeitnah übermittelt werden. Datenschutzrechtliche oder praktische Belange dürfen dem nicht entgegenstehen, da der Leistungserbringer verpflichtet ist, die darin beschiedenen Leistungen wirksam zu erbringen. Die Übermittlung der Unterlagen sollte zudem ausschließlich auf elektronischem Wege erfolgen, um unnötige Bürokratie zu vermeiden.

Erwartungen der BWKG-Mitglieder:

- Die Landesregierung setzt sich dafür ein, dass Gesamtpläne und Leistungsbescheide für Leistungsberechtigte der Eingliederungshilfe zeitnah erstellt und den Leistungserbringern auf elektronischem Weg übermittelt werden. Sie sollten landesweit einheitlich, klar und einfach formuliert sein.

Prävention und Begleitende Hilfen für Kinder stärken

Zur Vermeidung von schwerwiegenden und langwierigen Behinderungen und ihren Folgen sollten Kapazitäten für die Frühförderung gestärkt und Angebote für Familien und ihre Kinder ermöglicht werden. Wegen begrenzter Kapazitäten müssen die betroffenen Familien häufig lange Wartezeiten in Kauf nehmen. Auch eine enge kinder- und jugendpsychiatrische Anbindung ist oft nicht gegeben. Nur bei frühzeitiger Intervention und Stärkung der Eltern kann es gelingen, die Teilhabechancen für Kinder und Jugendliche zu erhöhen.

Erwartungen der BWKG-Mitglieder:

- Die Landesregierung setzt sich für einen bedarfsgerechten Ausbau der Frühförderung, mehr Ressourcen für Elternarbeit, bessere Förderung der Erziehungskompetenz der Eltern und eine stärkere Mitwirkungsverpflichtung der Eltern ein.

Sicherstellung von niederschweligen Angeboten

Niederschwellige Angebote für Menschen aus dem sozialpsychiatrischen Spektrum geraten aufgrund der schwierigen Finanzlage der öffentlichen Haushalte zunehmend in Finanzierungsschwierigkeiten. Da die betroffenen Menschen nicht in andere Angebote eingliederbar sind, besteht die Gefahr, dass ihre Grundversorgung gefährdet wird. Mögliche Folgen sind Obdachlosigkeit, Verstärkung psychiatrischer Erkrankungen und verstärkte Suchtproblematiken. Da der Kreis der betroffenen Menschen immer jünger wird, ist es wichtig, dass diese Angebote bestehen bleiben und durch eine ausreichende Finanzierung gesichert werden.

Erwartungen der BWKG-Mitglieder:

- Die Landesregierung sorgt dafür, dass niederschwellige Angebote der Eingliederungshilfe wie Offene Hilfen, Gemeindepsychiatrische Zentren und psychiatrische Ambulanzen eine dauerhaft gesicherte Finanzierung erhalten.

Kein Schulgeld für Fachberufe der Eingliederungshilfe

Für Berufe wie Erzieher/in und Heilerziehungspflege muss immer noch Schulgeld gezahlt werden. Die Ausbildung sollte kostenfrei sein und junge Menschen maximal fördern, damit sie problemlos in die Berufsfelder gehen können. Fördermöglichkeiten für Auszubildende auf dem zweiten Bildungsweg wären wünschenswert.

Erwartungen der BWKG-Mitglieder:

- Die Landesregierung sorgt dafür, dass die Ausbildung in Fachberufen der Eingliederungshilfe kostenfrei wird und eine finanziell ausreichende Förderung für Auszubildende zur Verfügung gestellt wird.

Bereitstellung und Förderung von Wohnraum für Klientinnen und Klienten

Es fehlt an geeignetem und bezahlbarem Wohnraum für Klientinnen und Klienten der Eingliederungshilfe – sowohl barrierefrei als auch nicht barrierefrei. Oft können Personen aus Wohngruppen nicht ausziehen, weil sie keine eigene Wohnung finden. Somit werden wertvolle Plätze langfristig blockiert. Nachhaltigkeitsvorschriften und gehobene Baustandards verteuern einen Neubau und der eng gesetzte Kostenrahmen schafft ein hohes Risiko für die Einrichtungsträger, dass die Baukosten später nicht refinanziert werden können.

Erwartungen der BWKG-Mitglieder:

- Die Landesregierung wird aktuell befristete Befreiungen nach der LHeimBauVO entfristen und einen Bestandsschutz für Einrichtungen vorsehen, die vor dem 31.08.2009 in Betrieb gegangen sind.
- Die Landesregierung wird die Landesheimbauverordnung vor dem Hintergrund stark gestiegener Baukosten überprüfen und anpassen.
- Die Landesregierung wird die Berechnung der Kostenrichtwerte für den Bau bzw. die Sanierung von Einrichtungen der Eingliederungshilfe anpassen, auch um die Finanzierung der Herausforderungen im Bereich des Klimaschutzes und der Krisenvorsorge zu gewährleisten. Dies kann beispielsweise in Form eines zweckgebundenen Nachhaltigkeitszuschlags erfolgen.